

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XIX/181

Bonn, den 22. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Bund und Länder in der Bildungspolitik</u> Innenpolitische Gemeinschaftsaufgabe Von Dr. Ulrich Lohmer, MdB	69
2	<u>Erfreuliche Resonanz</u> Zur Bücherspende der SPD an die Schulleitungen	25
3	<u>Ein zuverlässiger Mann von internationalem Ruf</u> Zur Berufung von Professor Dr. Schardin zum Leiter der Abteilung Wehrtechnik im BVM	40
4	<u>Nicht ganz negativ</u> Bilanz der Ausrüstungskonferenz 1964 Von Pierre Simonitch, Genf	56
5	<u>Warten auf mehr Klarheit</u> Wurzeln an die kommunistische Weltkonferenz Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	51

Bund und Länder in der Bildungspolitik

Innenpolitische Gemeinschaftsaufgabe

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Unsere Verfassung hat die Verantwortung für die Bildungspolitik den Bundesländern übertragen. Der Bund hat eine verfassungsrechtliche Möglichkeit der Mitwirkung lediglich in den drei Bereichen der Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der Ausbildungsförderung und der Bildungsplanung. Das Sofortprogramm der SPD versucht, aus dieser Situation vernünftige politische Folgerungen zu ziehen, ohne die Bildungspolitik mit einer vermutlich unergiebig verlaufenden Diskussion über eine Verfassungsänderung zu belasten.

Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern vollzieht sich auf den Ebenen der Finanzierung, der Organisation, der Planung und der Beratung. Wenn die von der SPD gewünschte Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft bis 1970 auf 25 bis 30 Milliarden DM jährlich erreicht werden soll, ist z.B. eine finanzpolitische Übereinkunft der Länder und des Bundes darüber erforderlich, dass der Bundeshaushalt und die Länderhaushalte dementsprechend gestaltet werden. Dies wiederum setzt voraus, die Bildungs- und Wissenschaftspolitik als die vorrangige innenpolitische Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden zu bewerten.

Organisatorisch brauchen wir eine verbesserte Arbeitsstruktur bei Bund und Ländern. Heute kümmern sich innerhalb der Bundesregierung um Wissenschaft, Ausbildungsförderung und Bedarfsplanung mindestens fünf Minister, wenn man von den Sondermassnahmen beinahe aller Bundesressorts in der Zweckforschung und zum Teil der Nachwuchsförderung einmal absieht. Das ist ein Unfug. Wir brauchen eine Zusammenfassung der Verantwortung in einem Ministerium, das sich der Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der Ausbildung und der Bedarfsplanung annimmt. Der Bundestag wird seinerseits die bestehenden Ausschüsse für Kulturpolitik und für Atomkernenergie zu einem der Regelung auf der Regierungsebene angemessenen neuen Ausschuss zusammenfassen müssen, wenn das Zusammenspiel von Regierung und Parlament gut verlaufen soll. Schließlich muss im Hinblick auf die finanzpolitische Mitverantwortung des Bundes und auf eine langfristige Planung ein Forschungsförderungsgesetz eine stabile rechtliche Basis schaffen für das Engagement des Bundes in der Wissenschaftspolitik. Ein Ausbildungsförderungsgesetz ist gleichfalls notwendig.

Die Bundesländer wiederum werden sich um eine gemeinsame Bedarfsplanung bemühen und dabei besorgt bleiben müssen, mit der Bundesregierung eng zusammenzuarbeiten. Das Interesse der Länder wird sich naturgemäß vornehmlich auf den Inhalt der Bildungspolitik konzentrieren, das des Bundes auf die Wahrung des Zusammenhangs zwischen Bildung und Wissenschaft einerseits und Wirtschaft und Sozialordnung andererseits. Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Bundesländer bedarf einer Stärkung sowohl gegenüber den Landesregierungen wie in der öffentlichen Meinung. Sie kann dazu selbst durch die Entwicklung einer gemeinsamen

22. September 1964

Bedarfsplanung viel beitragen. Ein angemessener Ausbau des Sekretariats der Kultusministerkonferenz zu diesem Zweck wird unerlässlich sein.

Die Organisation bei Bund und Ländern und die Planung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik hängen eng miteinander zusammen, und schon deshalb sollte die Planung nicht aus dem Bereich der politischen Verantwortung der Regierungen und Parlamente ausgeklammert werden. Man muss die Konstruktion eines Bildungsrates unter eben diesen Gesichtspunkten erwägen. Er sollte sich auf eine Beratung der Länder und des Bundes konzentrieren und der Politik die Erfahrung seiner Mitglieder und die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung zuführen. Der jährliche, von Bund und Ländern zu erstattende Bericht über den Stand und die Entwicklung des Bildungswesens und der Wissenschaft wird sich u.a. auf die Überlegungen des Wissenschaftsrates und eines Bildungsrates stützen müssen. Da auch die CDU den Vorschlag, einen Bildungsrat einfach in den bestehenden Wissenschaftsrat einzugliedern, aus verfassungsrechtlichen und praktischen Gründen offenbar kaum länger verfolgen will, wird es darauf ankommen, dass Bund und Länder sich bald über die endgültige Konstruktion eines Bildungsrates verständigen.

Eine festgefügte, vertrauensvolle und langfristig angelegte Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist nötig, um mit den im Bildungswesen und in der wissenschaftlichen Forschung anstehenden Aufgaben rasch fertig werden zu können.

+ + +
Erfreuliche Resonanz

Zur Bücherspende der SPD an die Schulleitungen

sp - Viele Hunderte Briefe neben dem an sich schon großen täglichen Posteingang treffen in diesen Tagen beim Vorstand der SPD im Bonner Brück-Ollenheuer-Haus ein. Sie stammen von Rektoren, Oberstudien- direktoren, Leitern von Volkshochschulen. Die Briefflut nimmt kein Ende Und der Anlaß? Das Angebot der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an die deutschen Schulen, Bücher für den staatsbürgerlichen Unterricht zur Verfügung zu stellen, hat weitgehende Zustimmung gefunden. Die Sozialdemokratie verschmäht es, die gegen ihren erklärten Willen von der Regierungskoalition durchgesetzte Erhöhung der Staatssubventionierung der politischen Parteien von 20 auf 38 Millionen DM für die Finanzierung von Wahlkämpfen zu verwenden. Der auf die SPD entfallende Anteil findet eine bessere Zweckbestimmung. 11 500 Schulen und pädagogische Hochschulen sollen dafür Buchsendungen im Werte von 200 DM, in einigen Fällen von 400 DM erhalten. Zusammengenommen entspricht dies einem Betrag von 5,5 Millionen DM. Auf einen hochinteressanten Umstand konnte Alfred Nau, der Schatzmeister der SPD, vor Bonner Journalisten aufmerksam machen: Am meisten gefragt sind Bücher, die sich mit der Zeit des Nationalsozialismus befassen. Diese erfreuliche Aufgeschlossenheit widerlegt die Mär, in unseren Schulen und bei deren Leitungen bestehe eine Abneigung, sich mit der jüngsten Vergangenheit zu beschäftigen. Man muß nur die richtigen Bücher - und deren gibt es ja viele - den Lehrern und Schülern in die Hand geben. Die Lektüre der vielen Dankeschreiben zeigt den Initiatoren dieser begrüßenswerten Aktion, daß sie mit ihrem Angebot einem weitverbreiteten Bedürfnis nach Selbstverständnis und Aufgeschlossenheit entsprechen.

Ein zuverlässiger Mann von internationalem Ruf

Zur Berufung von Professor Dr. Schardin
zum Leiter der Abteilung Wehrtechnik im Bundesverteidigungsministerium

H.B. - "Wir, die wir das Glück hatten, eine akademische Ausbildung zu erhalten und dadurch in eine verantwortliche Position im kulturellen oder wissenschaftlichen Leben gestellt zu werden, haben die Pflicht, möglichst viel von unserem Wissen und von unseren Erfahrungen möglichst breiten Schichten der Bevölkerung zu vermitteln."

Diese Erkenntnis, der man sicher nur voll beipflichten kann, hat der Mann, von dem sie stammt, nicht nur in einer guten Stunde einem Journalisten mitgeteilt, sondern sie auch in der Praxis verwirklicht: Professor Dr. Hubert Schardin, vor wenigen Tagen zum neuen Leiter der Abteilung Wehrtechnik im Bundesverteidigungsministerium ernannt, gründete mit der eingangs erwähnten Begründung im Jahre 1951 in der südbadischen Grenzstadt Weil am Rhein (an der deutsch-französisch-schweizerischen Dreiländerecke bei Basel gelegen) das erste Volks- und Jugendbildungswerk und übernahm auch den Vorsitz des Bildungswerkes, den er jetzt allerdings, wenn er die neuen Bonner Pflichten zu übernehmen hat, zwangsläufig in andere Hände geben muß.

Professor Dr. Schardin, Physiker und ballistischer Fachmann von internationalem Ruf und Rang, ist zur Zeit noch deutscher Direktor des Deutsch-Französischen Ballistischen Forschungs-Instituts in der oberelsässischen Grenzstadt St. Ludwig (Saint-Louis), das aus einem nationalen französischen Institut hervorgegangen ist. Schardin, der auch eine Professur an der Freiburger Universität ausübt, wurde von den Franzosen, zusammen mit einer ganzen Reihe von wissenschaftlichen Mitarbeitern, bei Kriegsende im südwürttembergischen Städtchen Biberach entdeckt und zur Mitarbeit an der französischen Forschung verpflichtet. Nach Biberach war gegen Ende des Krieges das Institut für Technische Physik und Ballistik verlagert worden, das vorher seinen Sitz in Berlin-Gatow hatte.

Für das Bundesministerium der Verteidigung wird der besonnene, zuverlässige Wissenschaftler und Forscher, der 1902 in Deutsch-Flassow in Pommern geboren wurde, sicherlich in vieler Hinsicht ein Gewinn sein. Er ist in den Bereichen der experimentellen Ballistik, der Kurzzeitphysik, der angewandten Optik und in der militärischen wie zivilen Schutzbautechnik wirklich "zu Hause", er ist in der internationalen Fachwelt anerkannt, aber eben doch auch ein Mann, dem die Probleme des berühmten "Mannes auf der Straße" keineswegs fremd sind. Wer den Universitätsprofessor und Volkbildungswerk-Leiter kennt, weiß, daß Professor Schardin auch zu einer guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsausschuß des Bundestages aus innerer Überzeugung bereit sein wird. Angesichts der großen technischen Probleme, denen sich die Verteidigungsfachleute des Parlaments ständig und in steigendem Maße gegenübersehen, wird dies von erheblicher Bedeutung sein.

Nicht ganz negativ

Bilanz der Abrüstungskonferenz 1964
Von Pierre Simonitsch, Genf

"Die diesjährige Bilanz der Abrüstungskonferenz ist ein trauriges Zero" wertete der sowjetische Chefdelegierte Zarapkin in der letzten Sitzung für 1964. Und schuld daran ist die militaristische Haltung der Westmächte. Sein amerikanischer Gegenspieler William Foster antwortete, dass solche Beschuldigungen kein geeignetes Mittel zum Abrüsten seien und dass auch die grosse Geduld der Vereinigten Staaten Grenzen habe. So endete eine Abrüstungssession, die mit grossen Hoffnungen begonnen wurde.

Dieser Misserfolg wird auch in dem für die UN-Generalsversammlung in New York bestimmten Rapport, dessen endgültige Form nicht ohne Schwierigkeiten zustande kam, unverblümt festgehalten. Um der Sowjetdiplomatie jedoch die Möglichkeit zu erschweren, aufgrund des Rapports vor der UN-Vollversammlung Attacken gegen die mangelnde Abrüstungsbegeisterung der NATO-Staaten zu reiten, hatten die westlichen Delegationschefs darauf bestanden, eine optimistische Note in das Dokument einzufügen und einen Absatz zu redigieren, in dem von konkreten Diskussionen, interessanten Vorschlägen und der aktiven Beteiligung aller Delegationen die Rede ist. Das Achtehner-Komitee hofft ferner, dass dieser nützliche Gedankenaustausch künftige Abkommen erleichtern würde.

Die acht "Neutralen" verlangten, dass die von ihnen eingebrachten Vorschläge und Initiativen in dem Rapport volle Beachtung finden und gaben sich erst mit der zweiten Revision zufrieden. Man weiss, dass verschiedene Delegationsleiter aus den Staaten der "Dritten Welt" ihrer Erfolglosigkeit wegen scharfer innenpolitischer Angriffe ausgesetzt sind. In Afrika werden Stimmen laut, die eine Ablösung der drei afrikanischen Delegationen (Äthiopien, Vereinigte Arabische Republik und Nigeria) durch energischeren Länder fordern.

In Wirklichkeit haben die Abrüstungsexperten während der Session 1964 ernstlich gearbeitet. Wenn es zu keinem Abkommen gereicht hat, so ist dafür die diesjährige ungewisse politische Weltlage, mit den bevorstehenden Wahlen in den Vereinigten Staaten und in England auf der einen Seite und den ideologischen Konflikten auf der andern, verantwortlich. Es war eine Zeit des Abwartens und der Sondierungen. Eine Menge technischer Vorschläge wurde in der Konferenz diskutiert und in den verschiedenen Hauptstädten studiert. Die Russen haben nach amerikanischem Vorbild eine dem Aussenministerium unterstellte spezielle Abteilung für Abrüstungsfragen ins Leben gerufen. Man ist sich einig geworden, dass die Epoche des Wettübens bald ein Ende haben muss, weil sie schon reich wirtschaftlich untragbar geworden ist. In den Vereinigten Staaten arbeiten die Gewerkschaften an einem Plan zur Umwandlung der Kriegsindustrie, was in einem Lande mit absolut freier Wirtschaft nicht ohne Schwierigkeiten zu verwirklichen ist. Präsident Johnson hat den Gewerkschaften zugesagt, im Falle eines Wahlsieges diese Ideen zu unterstützen. Auch der Abrüstungswille der Sowjetunion muss, bis zu einem gewissen Punkt jedenfalls, als ehrlich betrachtet werden, weil die Russen alles Interesse haben, die dadurch freiwerdenden Riesenbeträge zum Ausbau ihrer Industrien zu verwenden.

Es scheint, dass Amerikaner und Russen übereingekommen sind, während der Vertagungsperiode die Kontakte aufrechtzuerhalten. Die UN-Generalsversammlung gibt ihnen die Gelegenheit dazu. Bezeichnenderweise haben auch die Engländer beschlossen, ihren Delegationsleiter an der General-Abrüstungskonferenz nach New York zu beordern. Das Jahr 1965 wird ohne Zweifel konkrete Fortschritte bringen. + + +

Warten auf mehr Klarheit

Tauschen um die kommunistische Weltkonferenz

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Auch der offizielle Besuch des jugoslawischen Staats- und Parteichefs Tito in Ungarn hat in der Frage der von Chruschtschow gewünschten Einberufung einer Weltkonferenz aller kommunistischen Parteien keine wesentlich neuen Akzente gebracht. Den Beobachtern dieses faszinierenden Tauschens um diese Konferenz, die in die Geschichte zweifellos als eines der folgenschwersten Ereignisse für den Kommunismus eingehen wird, will es nach der Veröffentlichung des letzten politischen Gedankens Togliattis fast scheinen, als hätten die toten Kommunisten dazu mehr zu sagen als die lebenden. So ist in erprobter Weise auch im ungarisch-jugoslawischen Abschlußkommunique nichts Definitives über die Haltung der beiden Parteien zu dieser wichtigen Frage gesagt worden. Beide Vertragspartner verurteilten zwar entschieden die "dogmatischen Konzeptionen" innerhalb des Weltkommunismus, ohne sie jedoch bei ihrem wahren chinesischen Namen zu nennen.

Das deutet darauf hin, daß die Jugoslawen trotz aller politisch-ideologischen Unterstützung Moskaus - Tito hat diese in Ungarn erneut in offener persönlicher Lobpreisung Chruschtschows manifestiert - dem Konferenzgedanken weiterhin mit großen Vorbehalten gegenüberstehen. Diese altbekannte Haltung Belgrads mochte eine zeitlang gewissen Zweifeln ausgesetzt gewesen sein, als sich die Stimmen mehrten, die da glauben, Tito habe dem Rumänen Gheorghiu-Dej bei seinen wiederholten Treffen eher zu einer Teilnahme an dem Moskauer Treffen zugerufen. Selbst wenn dies richtig sein sollte - es stimmt zweifellos, daß Tito den Rumänen auf staatlich-politischer Ebene eine Mäßigung ihrer öffentlichen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion angeraten hat -, so würde diese Haltung nicht unbedingt in Widerspruch mit dem eigenen Zögern stehen, unter Umständen lieber nicht nach Moskau zu gehen. Würden doch die Rumänen mit einer Ablehnung der Teilnahme an der Moskauer Vorkonferenz vom 15. Dezember dieses Jahres, zu der die Jugoslawen nicht eingeladen worden sind, weil sie nicht zu den 26 Redaktionsmitgliedern der Erklärung von 1960 gehört haben, der titoistischen Sonderrolle propagandistisch viel Wind aus den Segeln nehmen.

Bis zu welchem Ausmaß diese im Westen geprägte nachkommunistische Fiktion jedoch noch stimmt, gilt nicht nur in Anbetracht des jugoslawisch-rumänischen Verhältnisses, sondern noch einiger zusätzlicher Akzente in der jugoslawischen Politik neu zu überdenken. Trotz des Bekanntnisses zur Vielfalt der im Kommunismus praktizierten Formen hört man von Tito immer gleichlautendere ideologische Beteuerungen. Was er bisher noch niemals getan hatte, verkündete er zum Beispiel öffentlich während seiner Ungarreise: der Kommunismus werde den Kapitalismus sicherlich überholen. Nachdem es selbst Chruschtschow aufgegeben hat, in dieser heiklen Frage noch irgendwelche Termine zu nennen, müssen Titos diesbezügliche Formulierungen um so mehr überraschen. Unter all diesen Aspekten verspricht der kommende Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, der zu Ende dieses Jahres abgehalten werden soll, außerordentlich interessant zu werden. Wird er doch Antwort auf einige Fragen geben müssen, die die jugoslawische Position besser beleuchten werden, als es gegenwärtig der Fall ist.